

zeitung gegen den krieg

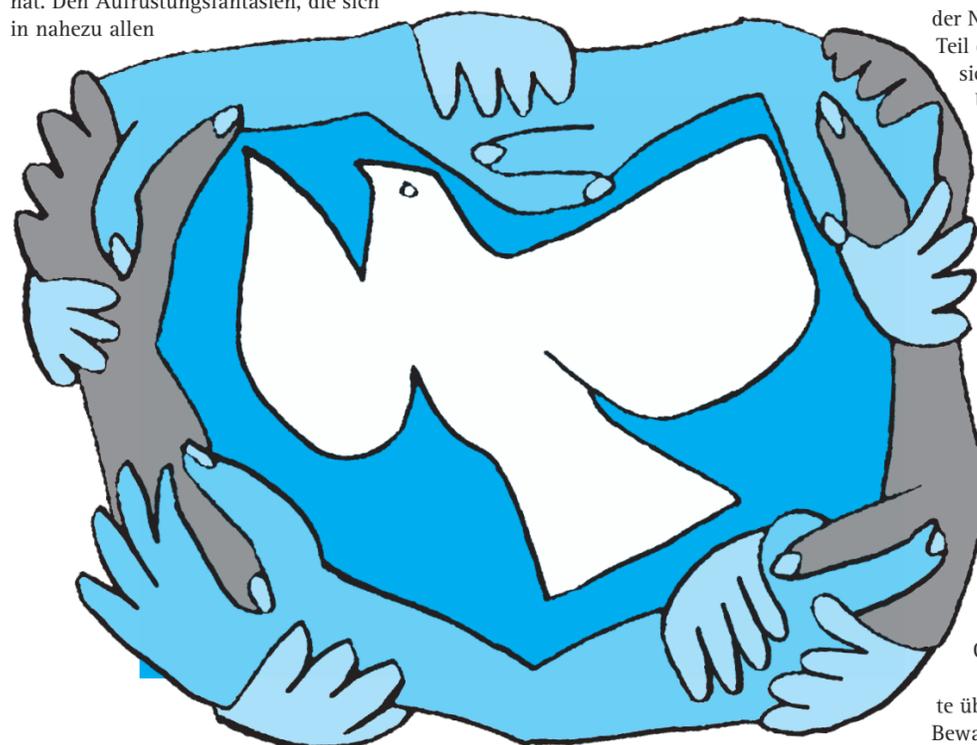
Nr. 56 Frühjahr 2024

Gewerkschaften und Friedensbewegung – eine lebendige Partnerschaft

Hans-Jürgen Urban

Zu den Ostermärschen 2024 rufen bundesweit auch der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften auf. Dies geschieht ungeachtet der jüngst eskalierenden Rüstungsrhetorik, die sich seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine Bahn gebrochen hat. Den Aufrüstungsfantasien, die sich in nahezu allen

war und bleibt das verbindende Element zwischen Gewerkschaften und Friedensbewegung. Es geht um einen Frieden, der durch die Beseitigung von Armut, die Garantie sozialer Sicherheit und gesellschaftlicher Solidarität erst die Grundlage für stabile demokratische Verhältnisse liefert. Nur auf dieser Basis kann Demokratie sich entwickeln und können



politischen Lagern ausbreiten, scheinen keine Grenzen gesetzt.

Dabei ist das Bündnis zwischen Friedensbewegung und Gewerkschaften nicht neu. Die Gewerkschaften waren seit den Anfängen der Friedensbewegung nach 1945 für Entspannungspolitik und Abrüstung auf der Straße. Unter der Führung des Ersten Vorsitzenden Otto Brenner beteiligte sich die IG Metall 1958 an der „Kampf dem Atomtod“ Kampagne, 1966 beschloss der DGB-Bundeskongress auf Antrag der IG Metall, den Antikriegstag in der Gewerkschaftsbewegung fest zu verankern. Ende der 1970er und Anfang der 1980er verstärkten die DGB-Gewerkschaften vor dem Hintergrund des NATO-Doppelbeschlusses und der zunehmenden Blockkonfrontation ihre friedenspolitischen Aktivitäten.

„Die Gewerkschaftsbewegung ist immer auch eine Friedensbewegung“, so formulierte es der DGB in seinem Appell „Frieden durch Abrüstung“ von 1981. Alles andere sei mit dem antimilitaristischen und internationalistischen Selbstverständnis sowie der Historie der organisierten Arbeiterbewegung nicht vereinbar. Oder, wie es Heinz Oskar Vetter, der damalige DGB-Vorsitzende im Jahr 1979 sagte: „Daß wir als Gewerkschafter gegen den Krieg, gegen jeden Krieg sind, ist doch selbstverständlich. Unsere Einheitsgewerkschaft ist aus den Erfahrungen mit Kriegstreibern und Mördern entstanden.“

Die Vorstellung eines gerechten Friedens

Menschen weltweit selbstbestimmt, frei und solidarisch miteinander leben.

Diese Vorstellung eines gerechten Friedens scheint angesichts des nun zwei Jahre andauernden Krieges in Europa in weite Ferne gerückt. In der zunehmend propagandistischen Diskussion wird der militärische Sieg zum Synonym für Frieden. Und ein solcher Sieg soll durch die Lieferung immer stärkerer Waffen und die Forcierung der dafür notwendigen Aufrüstung erreicht werden.

Doch dabei handelt es sich um eine fatale Fehlorientierung, die – je länger sie anhält, umso größeren Schaden anrichtet. Das Recht auf Selbstverteidigung, auch bewaffnete, muss keineswegs in Abrede gestellt werden. Auch nicht für die Ukraine. Aber zum einen ist kaum nachzuvollziehen, wie eine Atommacht wie Russland militärisch in die Knie gezwungen werden soll. Militärexperten und hoch dekorierte Generäle zweifeln jedenfalls daran, dass eine alternativlose Sieg-Frieden-Strategie eine sinnvolle Orientierung darstellt.

Aber das unhinterfragte Primat des Militärischen kann auch aus einem weiteren Grund nicht überzeugen. Es ist zu befürchten, dass der, durch den Aggressor Putin ausgelöste, Ukraine-Krieg für eine neue Ära globaler Konflikte steht. Nach dem Ende der Blockkonfrontation zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus ist das Weltsystem dabei, sich neu zu strukturieren. Die bipolare Welt

Wolfgang Gehrcke
Helga Schwitzer
Daniela Dahn
Peter Wahl
Willi van Ooyen
Kate Hudson

Geschichte der Ostermärsche
Hochrüstung und Sozialabbau
Millionen gegen Rechts
EU: Kriegstreiber und Scharfmacher
Gegen Kriegshysterie
Proteste gegen den Gazakrieg in UK

Seite 2
Seite 3
Seite 4
Seite 6
Seite 7
Seite 8

ist multipolar geworden. In dieser Welt kämpfen mächtige Staaten und Bündnisse darum, ihre wirtschaftlichen und politischen Einflussphären neu zu definieren, wenn möglich auszudehnen, auf jeden Fall abzugrenzen. Zu diesen Mächten gehören die alte Supermacht USA, die aufsteigende Großmacht China und die Atommacht Russland. Auch aufstrebende Staaten wie Brasilien, Indien und Südafrika sind mit im Spiel.

Diese Neuaufteilung der Einflusszonen verläuft keineswegs friedlich. Auch die Nato unter Federführung der USA mischt mit. Die schrittweise, aber offensive Ostausdehnung der Nato bis an die Grenzen Russlands war Teil dieses gefährlichen Spiels. Auch wenn sich die russische Aggression gegen die Ukraine ohne den zunehmenden groß-russischen Imperialismus nicht erklären lässt, die offensive Ausweitung der Einflusszone der Nato war auch nicht gerade ein Werk von Friedens- und Entspannungspolitik.

Aber Entspannungspolitik ist das, was die neue globale Ordnung braucht! Die Neuaufteilung der Welt wird weiter zu Konflikten führen. Sollen militärische Sieg-Strategien wirklich zum Goldstandard werden? Sollen sie politische Konfliktlösungsmechanismen verdrängen? Die penetrante Militarisierung der politischen Debatten, die Bereitstellung von riesigen Milliarden-Summen für Aufrüstung und die Versuche, warnende und anti-militaristische Rufe für naiv zu erklären und der Lächerlichkeit preiszugeben, lassen nichts Gutes erwarten.

Das gilt auch für die irrwitzige Debatte über eine angeblich notwendige atomare Bewaffnung der Europäischen Union oder gar Deutschlands. Dass ein gerechter Friede mit einem neuen atomaren Wettrüsten in weite Ferne rückt, ist offensichtlich. Auch heute schon und ohne neue Atomwaffen zieht der Sozialstaat gegenüber dem Rüstungsstaat den Kürzeren. Kindergrundsicherung, Energiegeld und Inflationsausgleiche für Sozialeinkommen und Niedriglöhne leiden unter der ideologischen Schuldenbremse, aber die Bereitstellung von Mitteln fürs Militär bricht alle Tabus.

Kein Zweifel, die neue Weltordnung ist intransparent und schwer zu durchblicken. Auch wir, die Friedensfreund:innen in Deutschland und Europa, sollten uns vor einfachen Antworten auf komplexe Probleme hüten. Aber eines liegt auf der Hand. Mit einem neuen konventionellen oder atomaren Rüstungswettlauf, der für Kriegsgerät verschlingt, was für einen gerechten Frieden gebraucht wird, ist der Friede im 21. Jahrhundert nicht zu sichern. Und für diesen Frieden gilt es auch heute zu streiten und zu demonstrieren. Gewerkschafter:innen und Ostermarschierer:innen Hand in Hand.

Hans-Jürgen Urban ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Aufruf des DGB zu den Ostermärschen 2024 siehe <https://www.dgb.de/frieden-fuer-die-ukraine>

Frieden braucht Bewegung

Reiner Braun

Wir haben es gewagt und der Erfolg hat uns Recht gegeben. Die mehr als 20.000 Demonstrant:innen bei der bundesweiten Friedensdemonstration am 25.11. haben es deutlich gezeigt, Mobilisierung ist möglich, wenn (fast) alle an einem Strang ziehen. Sicherlich war die bundesweite Demonstration noch nicht der Aufbruch, die Massenmobilisierung für den Frieden, die angesichts der Kriegspolitik der Herrschenden notwendig wäre, aber sie war ein Schritt zu mehr Gemeinsamkeit in einer bundesweiten Aktion. Die Demonstration war ein unübersehbares Zeichen, eine Mut machende und Kraft spendende Aktion, ein Beispiel für Solidarität und internationales Friedensengagement.

Angesichts der Dimension der Gefahren müssen und wollen wir diesen steinig und dornigen Weg der Mobilisierung weitergehen! Mit weiteren Bündnispartnern vor allem aus Gewerkschaften und Kirchen, mit Kriegsgegnern aus Parteien und Antikriegsparteien, mit neuen Kräften, die zur Friedensbewegung gestoßen sind, z.B. aus der Grundrechtebewegung, mit einer intensiven Zusammenarbeit mit linken und gesellschaftskritischen Kräften, mit einer stärkeren Orientierung auf junge Menschen (auch mehr Social Media), ja auch mit einer Öffnung zu wertkonservativen Friedenspositionen.

Ein hoher Anspruch und eine gewaltige Herausforderung. Aber wann, wenn nicht jetzt, da der Frieden in der Welt bedroht ist wie nie zuvor nach 1945, müssen wir uns als Friedensbewegung dieser Herausforderung stellen? Aufgeben ist keine Option. Wehren wir uns gegen Kriegspolitik, mediale Kriegshysterie und eine immer hemmungslosere Kriegspropaganda: mutig, aktiv, gemeinsam – mit einer klaren Antikriegsposition. Wir sehen uns wieder bei der nächsten bundesweiten Friedensdemonstration 2024.

Keine NATO-Bodentruppen in die Ukraine

Die Ankündigung, Bodentruppen aus NATO-Staaten in die Ukraine zu entsenden, bedeutet eine unkalkulierbare Ausweitung des Ukrainekrieges bis hin zu der Gefahr eines Atomkrieges. Auch Deutschland wäre endgültig Kriegspartei. Gegen eine unvorhersehbare Ausweitung des Tötens sind Diplomatie und Verhandlungen die einzige friedensschaffende Alternative.

Editorial

Mit dieser Ausgabe haben wir ein außergewöhnlich vielfältiges Spektrum an Einzelbeiträgen aus der Friedensbewegung und den Gewerkschaften zusammengestellt. In dieser friedensorientierten Pluralität sehen wir eine große Errungenschaft und auch ein Markenzeichen der „Zeitung gegen den Krieg“. Sie soll auch anregen zur solidarischen Diskussion. Diese Vielfalt ist notwendiger denn je, um mehr Menschen zu gewinnen, die ihre Stimme gegen die drohende globale Kriegsgefahr erheben. Reiner Braun und Karl-Heinz Peil

Unser Marsch ist eine gute Sache – Zur Geschichte der Ostermärsche



Der erste Ostermarsch im Jahr 1960 von Hamburg nach Bergen-Hohne. Foto: Konrad Tempel

Wolfgang Gehrcke

1 960 ging der erste Ostermarsch vier Tage lang von Hamburg-Harburg nach Bergen-Hohne. Ich hatte zu dieser Zeit mit anderen die „Junge Aktion gegen Atomtod – für ein kernwaffenfreies Deutschland“ ins Leben gerufen; wir waren von Anfang an mit im Aktionsausschuss der Ostermarschbewegung. Diese Idee der Märsche hatten Konrad Tempel und seine spätere Frau Helga aus Großbritannien übernommen. Beide gehörten der Religionsgemeinschaft der Quäker an. Sie wollten gewährleisten, dass niemandem Sprüche aufgedrängt würden, die er oder sie nicht teilte. Deshalb war der erste Ostermarsch ein Schweigemarsch. Hinter einem grob gezimmerten Holzkreuz gingen gut hundert Menschen drei Tage durch Matsch und Schnee, sie übernachteten in Scheunen und Tanzsälen und waren

vereint in der festen Überzeugung, etwas Wichtiges und Richtiges zu tun: Für den Frieden!

Bergen-Hohne war der Ausgang, weil auf dem dortigen Truppenübungsplatz die US-Atomraketen in Westdeutschland stationiert werden sollten, und weil das KZ Bergen-Belsen nah war. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus gehörten zusammen.

1960 steuerte der Kalte Krieg auf seinen Höhepunkt zu, die Kuba-Krise, in der ein Atomkrieg zwischen den USA und der Sowjetunion gerade noch verhindert werden konnte. In Deutschland hatte die SPD im Jahr zuvor ihr Godesberger Programm verabschiedet mit dem Ja zur Marktwirtschaft, zur Wiederbewaffnung und Westbindung. Um ihre staatstragende und regierungsfähige Rolle zu unterstreichen, fasste sie 1961 den Unvereinbarkeitsbeschluss von SPD-Mitgliedschaft und ihrer (ehemaligen) Studierendenorganisation SDS.

In der Ostermarschbewegung fanden sich erfahrene Friedensaktivisten aus der Ohne-Mich-Bewegung, die die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik hatte verhindern wollen, und der Bewegung Kampf dem Atomtod, deren Massenkundgebungen 1958 eineinhalb Millionen

Menschen mobilisierten. Von ihrer Partei verlassene SPD-Linke wurden zu Ostermarschierern ebenso wie Mitglieder der verbotenen KPD.

Die Ostermarschbewegung war und bleibt parteiübergreifend. Nur deshalb war sie in der Lage, das Gemeinsame in den Mittelpunkt zu stellen – auch wenn das eigentlich immer schwierig war. Ganz besonders 1962, im ersten Frühjahr nach dem Bau der Mauer, 1968 nach dem Einmarsch in Prag oder jüngst nach dem Beginn des Ukraine-Krieges.

Weil sie Meinungsstreit aushielten und einen Konsens suchten, wurden die Ostermärsche zu einer gesellschaftlichen Dialogbewegung und öffneten Türen zu alternativen gesellschaftlichen Vorstellungen. Das war nach dem heftigen Antikommunismus der Adenauerzeit und dem eigens herausgebildeten Antikommunismus der nach-Godesberg-SPD keineswegs selbstverständlich.

Der alle Ostermarschierenden verbindende Antimilitarismus selbst entwickelte sich weiter, erhielt namentlich durch die Proteste gegen den Vietnam-Krieg, die Verteidigung Kubas, die Unterstützung Nicaraguas, antiimperialistische Züge, nahm Kritik am Zusammenhang von Rüstungsproduktion und

öffentlicher Armut, von Kriegen und Ausbeutung des globalen Südens auf, erkannte die Bedrohung des Planeten auch durch „friedliche“ Nutzung der Atomkraft, Stichworte: AKW Brokdorf und Whyl.

Die Ostermärsche waren und sind zugleich eine Kulturbewegung. Das erste Ostermarschlied war noch einfach gestrickt in der zwingenden Logik von: „Unser Marsch ist eine gute Sache, weil er für eine gute Sache ist.“ Naja, es ging dann noch weiter: „Wir marschieren für die Welt, die von Waffen nichts mehr hält, denn das ist für uns am besten!“ Künstlerinnen, Künstler haben die Ostermärsche geprägt, unter ihnen Fasia Jansen, Dieter Süverkrüp oder Franz Josef Degenhardt.

Ohne die Ostermarschbewegung hätte es nicht die Bewegung der Millionen gegen die Notstandsgesetze und gegen die sogenannte Nachrüstung gegeben, ohne die Ostermärsche hätten sich nicht Künstlerinnen und Künstler für den Frieden zusammengeschlossen, nicht die vielen anderen Berufsgruppen von Generälen, Hafnarbeitern, Ärztinnen und Ärzten, Juristinnen und Juristen, Lehrerinnen und Lehrern, Pastorinnen und Pastoren und so vielen weiteren; nicht tausendfach hätten sich Städte, Gemeinde, Hochschulen, Institute zu atomwaffenfreien Zonen erklärt.

Die Ostermarschbewegung war tief in der Gesellschaft verankert. Das brauchen wir wieder in der Zeit von Kriegen, Aggression, Russenhasse und Völkermord in Palästina – mit unseren Fragen, Antworten und in den Formen von heute.

Wolfgang Gehrcke ist ehemaliges MdB der Partei Die Linke



Reinhard Jung, Referent für Politik und Medien „Freie Bauern“, antwortete am 23. Februar 2024 bei der Frühjahrsversammlung der „Freien Bauern“, auf die Frage, wie sich die Ukraine-Politik der Bundesregierung auf seinen Berufsstand auswirkt:

„In der Agrarpolitik stellen wir fest, dass die Unterstützung der Ukraine in wirtschaftspolitischer Hinsicht mit ökologisch-sozialen Verwerfungen verbunden ist, da das Getreide aus der Ukraine zollfrei reinkommt und wir damit eine unfaire Konkurrenz haben. In der Ukraine haben wir eine Oligarchen-Landwirtschaft auf riesigen Flächen mit sozialen und ökologischen Standards, die massiv unter denen von uns liegen. Es kann nicht funktionieren, dass unsere Betriebe auf diese Art und Weise quasi die Preise kaputt gemacht kriegen. Es muss eine – wie in Polen angedachte – Lösung gefunden werden, dass die Ware aus der Ukraine in verplombten Waggons und LKWs zu den Häfen gefahren wird und von dort dahin verschifft wird, wo sie eigentlich hingehört, aber nicht unsere Bauern hier kaputt macht.“

Internationale Gewerkschaftliche Friedensaktivitäten

Cyrene Waern (Schweden)

Soziale Gerechtigkeit, Demokratie, gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit, einschließlich des Völkerrechts, sind die Grundlagen für den Frieden. Wo Ungleichheit und Ungerechtigkeit in der Gesellschaft Einzug halten, ebnet dies den Weg für Konflikte.

Konflikte haben oft ihre Wurzeln in wirtschaftlicher und sozialer Not. Die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen, einschließlich Entwicklungshilfe, zur Schaffung menschenwürdiger Arbeitsmöglichkeiten, insbesondere für junge Menschen, ist ein wesentliches Element bei der Bekämpfung der Ursachen von sozialer Instabilität und Konflikten. Die Gewerkschaften

verfügen über einzigartige Möglichkeiten, sich für den Frieden einzusetzen, die Entstehung von Konflikten zu verhindern sowie deren Folgen zu bewältigen.

Als Gewerkschafter wissen wir auch, dass die Arbeit mit Regeln, Vorschriften und umfassenden Berichten wichtig ist. Ein Beispiel ist die von der Internationalen Arbeitsorganisation ILO beschlossenen Leitlinien ILO 205, die menschenwürdige Arbeit in Krisensituationen infolge von Konflikten und Katastrophen sicherstellen sollen.

Ein weiteres Beispiel ist der im April 2022 herausgegebene Bericht „Gemeinsame Sicherheit 2022“, vom International Peace Bureau, dem Olof Palme International Center und dem Internationalen Gewerkschafts-

bund ITUC. Darin heißt es:

„Die Militarisierung der Welt schreitet voran, die Militärausgaben steigen rapide an, begleitet von nuklearen Bedrohungen. Nukleare und militärische Abschreckungsstrategien haben jedoch kategorisch versagt, um Frieden und Stabilität zu erreichen. Es ist Zeit für eine Erneuerung des globalen Sicherheitssystems auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheitsprinzipien. Wir brauchen jetzt mehr denn je ein starkes und effizientes multilaterales System für Frieden und Sicherheit.“

In einer Welt, in der Frieden die gemeinsame Grundlage sein soll, kann das ungebremste Streben nach Profit nicht der Motor eines gerechten Arbeitsmarktes sein. Wenn Arbeitnehmer fair behandelt werden

und ihre Rechte respektiert werden, fördert dies den Sinn für Gerechtigkeit und reduziert die Missstände, die zu Konflikten führen können.

Jedes Jahr bekräftigen die schwedischen Gewerkschaften auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf ihre Unterstützung für die internationalen Kräfte, die sich unermüdlich für eine dauerhafte und friedliche Lösung einsetzen, zum Beispiel in Israel und Palästina. Angesichts des andauernden Krieges in Gaza ist dies dringender denn je.

Cyrene Waern ist International Secretary, Swedish Trade Union Confederation und im Vorstand des ITUC

Impressum

Redaktion Reiner Braun und Karl-Hein Peil, mit Unterstützung von Joachim Römer, Heino Berg (V.i.S.d.P.)
Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.

Unterstützende Parteien, Initiativen und Organisationen Die Anstifter Stuttgart · bundesweite Attac-AG Globalisierung und Krieg · Bremer Friedensforum · Friedensbündnis Karlsruhe · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensratschlag · Redaktion Lunapark21 · Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) · Papyrossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.) Freiburg · Sozialistische Zeitung/SoZ Köln · DIE LINKE (ParteiVorstand).

Gestaltung & Layout Joachim Römer Köln

Redaktions- & Vertriebsadressen
Postanschrift International Peace Büro – IPB · Marienstr. 19/20 · 10117 Berlin
E-Mail zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de
Tel. 0 30 - 12 08 45 49 (Büro IPB)

Bezugspreise Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Unkosten: bei Bestellungen von 1 – 99 Ex.: 45 Cent je Ex. ab 100 Ex.: 32 Cent je Ex. Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung. Mindestbestellmenge: 10 Exemplare.

Spenden & Konto Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Unkostenbeiträge und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse
IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66
BIC WELADED1PMB

ISSN 1611-2881

Hochrüstung und Sozialabbau – zwei Seiten einer ‚Medaille‘

Helga Schwitzer

Das Thema Hochrüstung wurde mit der Zeitenwende-Rede des Bundeskanzlers am 27. Februar 2022 hoffähig gemacht:

100 Mrd. Euro Sondervermögen der Bundeswehr und Militärausgaben von mind. 2 Prozent des BIP wurden von Olaf Scholz ausgerufen. Um alles gangbar zu machen, wurde in Windeseile das Grundgesetz geändert. Mit der Entscheidung des Bundestages zum Haushalt 2024 ist der Verteidigungsetat auf knapp 52 Mrd. Euro gestiegen und zusätzlich mit 19,8 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen auf rund 72 Mrd. Euro angewachsen. Der deutsche Rüstungshaushalt hat sich in den letzten 8 Jahren verdoppelt und ist größer als die Etats für Bildung, Gesundheit, Wohnen, Umwelt und Klima zusammen. Damit nicht genug. Mit dem Auslaufen des Sondervermögens Ende 2027 hat Scholz bereits zugesagt und auf der Münchener Sicherheitskonferenz noch mal betont, dass Deutschland dann das 2 Prozent-Ziel für die Verteidigungsausgaben über den allgemeinen Haushalt finanzieren wird. Das bedeutet: Der reguläre Rüstungshaushalt soll sich fast verdoppeln auf unfassbare 97 Mrd. Euro.

Herbert Wulf hat in einem bemerkenswerten Beitrag in der Zeitschrift *Wissenschaft und Frieden* (W&F 4/23) die Debatte um den Haushalt vor 40 Jahren (1983) beschrieben...., ein echtes Déjà-vu: für die Rüstung wurden immer wieder zusätzliche Finanzmittel bereitgestellt, finanziert durch Kür-



zungen vor allem in den Haushalten Verkehr, Arbeit und Soziales, Forschung und Entwicklung.

Und heute: Kürzungen bei der Pflege-, Kranken- und Rentenversicherung, Streichungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung, bei der freien Jugendpflege, beim Bundesfreiwilligendienst, um nur einige zu nennen. Die unwürdige Debatte zur Kindergrundsicherung mit mickrigen 2,4 Mrd. Euro statt 12 Mrd. Euro ist noch gegenwärtig.

Die sozialen Einschnitte treffen in erster Linie Menschen mit geringem Einkommen, Pflegebedürftige und Kinder aus einkommensschwachen Familien. Schon heute ist jedes 5. Kind von Armut bedroht oder betroffen. Diese Kinder erleben Ausgrenzung und Diskriminierung in frühesten Jahren. Auf der einen Seite sind drastische Einsparungen bei sozialen Leistungen zu verzeichnen, auf der anderen fehlen Mittel für dringend notwendige Investitionen in die soziale Infrastruktur, die Daseinsvorsorge, den Wohnungsbau und vieles mehr.

Ein Sondervermögen von 100 Mrd. Euro würde reichen, um die Wohnungsnot zu lindern, marode Schulen zu sanieren und große Schritte in Richtung Klimawandel

und die Versorgung mit alternativen Energien zu gehen. Spätestens dann kommt der Einwand, die Schuldenbremse stehe im Grundgesetz. Stimmt, dort steht aber auch und zwar im Art. 20 das Sozialstaatsgebot.

Christian Lindner hat in der ZDF-Sendung ‚Maybritt Illner‘ vom 22.2.2024 ein mehrjähriges Moratorium bei Sozialausgaben und Subventionen verlangt, um mehr Geld in Verteidigung investieren zu können. Für ihn ginge es nicht darum, jetzt Dinge abzuschaffen. Es sollen aber nicht neue Subventionen, neue Sozialausgaben,

neue Standards hinzukommen. Der Ökonom Clemens Fuest setzt noch eins drauf: ‚Kanonen und Butter? Es wäre schön, wenn das ginge, aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht. Kanonen ohne Butter: Beide legen offen Hand an den Sozialstaat.

Das Fatale an der gesamten Debatte: Die Rüstungsausgaben, die Rüstungspolitik, die Investitionen in immer mehr Kriegswaffen, die letztlich zu einer Verlängerung der Kriege mit immer mehr Toten führen, werden von den meisten Politikern und ihren Beratern nicht in Frage gestellt. Es geht nur noch darum, den Gesamthaushalt zu verteilen, aber die Ausgaben für Rüstung sind gesetzt. Mehr Rüstung zulasten sozialer Ausgaben ist die Devise.

Sozialer Unfrieden schlägt in Hass, Gewalt und Politikverdrossenheit um. Die erschreckenden Zahlen für ein Erstarken der AfD sind alarmierende Zeichen. Unsere Demokratie ist in Gefahr. Es geht um die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Heribert Prantl ist zuzustimmen, der in seinem SZ Kommentar am 2./3. September letzten Jahres feststellte: ‚Wer die Sozialpolitik einfriert, friert die Demokratie ein!‘

Unsere Gesellschaft braucht eine aktive Verteidigung und Fortentwicklung der Demokratie, gegen Rechtsextremismus. Wir brauchen eine Bewegung für Frieden und Abrüstung, für Soziale Sicherheit und für Menschenwürde. Statt immer mehr und weiterer Waffenlieferungen muss endlich alles dafür getan werden, diplomatische Lösungen zur Beendigung der Kriege ernsthaft anzugehen und zu verstärken. Dafür gilt es bei den Ostermärschen deutliche Zeichen zu setzen!

Helga Schwitzer ist ehem. geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

(Kein) Sondervermögen im Gesundheitswesen

Katharina Schwaberdissen

Bereits vor der Corona-Pandemie haben alle Beschäftigten in Krankenhäusern bereits am Limit gearbeitet. Dazu gehören vor allem Pflegekräfte, aber auch Reinigungskräfte, die Kolleg*innen im Transportdienst, die Hauswirtschaftskräfte – sie alle arbeiten nah an und mit Menschen. Der Respekt und die Anerkennung für diese Arbeit fehlt weiterhin. Daran hat die Pandemie wenig geändert. Es geht selten um Menschen und noch seltener um Menschlichkeit im deutschen Gesundheitssystem.

Es geht um Kürzungen und Umverteilungen im Staatshaushalt und um neue Märkte für private Investitionen und Spekulationen. Beispielsweise sieht der aktuelle Landeskrankenhausplan NRW vor, dass bis 2032 rund 570.000 Fälle, die aktuell stationär versorgt werden, in den ambulanten Sektor verschoben werden. Dieser ist bereits jetzt überlastet: die ambulanten Strukturen, die diese Fälle aufnehmen könnten, fehlen. Es gibt keinen Plan, wie ein Ausbau aussehen kann. Das nötige Personal ist nicht vorhanden. Die Berufsflucht ist massiv.

Das Kernproblem ist hierbei, dass mit Therapie und Versorgung von kranken Menschen Profite generiert werden, was im stationären und ambulanten Sektor sofort und

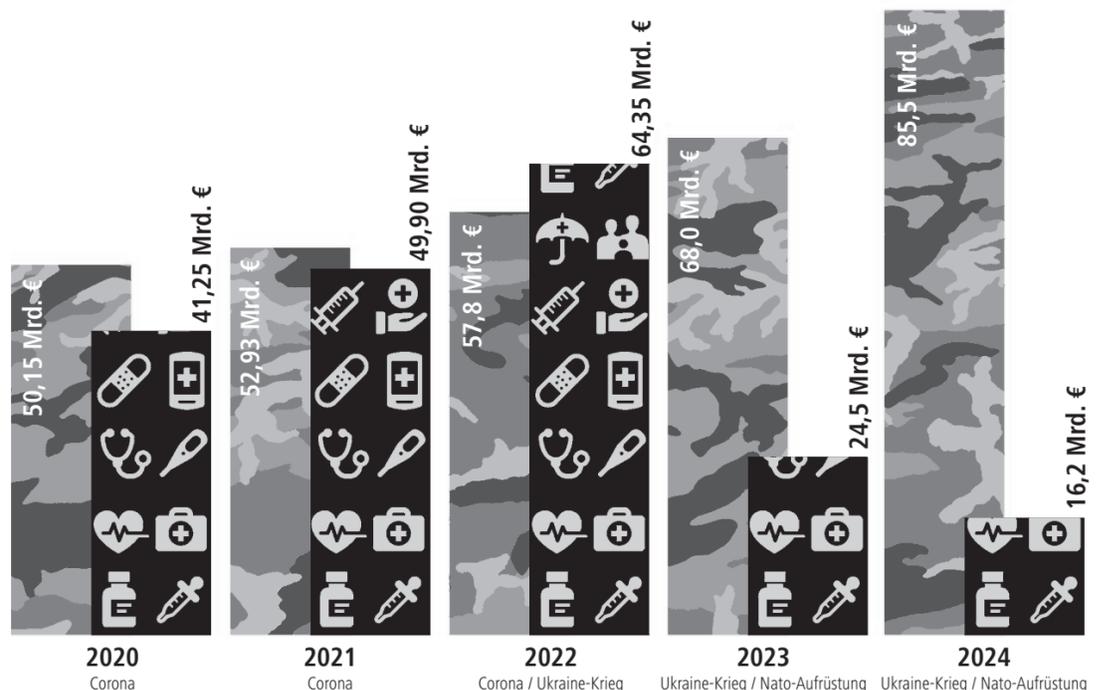
umfassend verboten werden müsste. Damit wären umgehend auch die Auswüchse der Privatisierung beendet und das Gesundheitswesen müsste dahin zurück, wo es hingehört: in die öffentliche Hand. Wir erleben gerade das Gegenteil: Die mangelnde Finanzierung von Bereichen, die schlecht abgerechnet werden können, weil sie der Akutversorgung dienen (wie Notaufnahmen, Kreißsäle, Intensivstationen) und die es überwiegend in öffentlichen Häusern gibt, führt zu Insolvenzen und einem kalten Kliniktod ohne jeden Plan.

Dem gegenüber steht: Im Jahr 2024 sind im Bundesetat offiziell fast 52 Milliarden Euro für den Kriegsetat vorgesehen – und knapp 17 Milliarden für den Gesundheitsetat. Zwei Zahlen, die für sich sprechen. Dazu gibt es auch in den Klinikbelegschaften unterschiedliche Reaktionen. Die Kolleg*innen sind so unterschiedlich wie in der Gesellschaft insgesamt. Mit dem Beschluss über das Sondervermögen für die Bundeswehr kam aus einigen Ecken die Debatte auf, dass es Sondervermögen für Bildung, Gesundheit, Soziales geben müsse.

In einem Gesellschaftssystem, in dem der Profit im Mittelpunkt steht und damit verbunden der Kampf um immer neue Absatzmärkte, ist jeder Streik um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen immer auch ein

Ausgaben für das Militär und für das Gesundheitswesen 2020-2024

Quelle: www.wsws.org/de



politischer Streik. Die Frage kann darum nicht sein, ob den Beschäftigten in den Kliniken bewusst ist, dass Geld für Rüstung da ist, nicht aber für die sozialen Arbeiten.

Die zentrale Frage für jede und jeden muss sein – oder werden, was WIR dafür tun, dass die sozialen

Garantien des Lebens aller in den Mittelpunkt politischen Handelns rücken. Das wird von allein nicht passieren und ist nicht der politische Kompass der Regierungen in diesem Land. Zugleich ist es genau das, was wir jetzt gegen den drohenden Faschismus und für eine

solidarische Gesellschaft brauchen. Und wir brauchen es, damit die Versorgung von Alten, Kranken und Kindern nicht noch weiter an den Rand rückt.

Katharina Schwaberdissen ist Sekretärin bei ver.di Ruhr West

Millionen gegen Rechts. Aber bitte eine Buntheit, die ins Schwarze trifft

Daniela Dahn

Endlich hat es auch in Deutschland einen Auslöser gegeben, der das Fass des Unmutes zum Überlaufen gebracht hat – endlich gehen Millionen gegen Rechts auf die Straße. Denn die von der AfD ausgehende Gefahr ist real und besorgniserregend. Da ist ein Zusammenrücken nötig, ein öffentliches Bekenntnis überfällig. Millionen Menschen haben es in jüngster Zeit weltweit vorgemacht: in Polen, Israel, Argentinien, Frankreich, Iran. Sie alle protestierten gegen reaktionäre Vorhaben ihrer Regierung oder von Wirtschaftsbossen. Aber die späte deutsche Protestkultur zeigt den kleinen Unterschied. Hier hat man offenbar auf einen Moment gewartet, in dem man mit den Regierenden und den Konzernen gemeinsam auf die Straße gehen kann. Kein Protest gegen von den Herrschenden verursachte Missstände, sondern eine „wertebasierte“ Verteidigung des Status Quo. Für den noch unlängst Begriffe wie „marktkonforme Fassadendemokratie“ (Habermas) oder Demokratiefarbe (Bernie Sanders) im Umlauf waren.

Ein Demo-Bad in Regenbogenfarben ist wahrlich wohltuend. Aber es reicht nicht als Therapie. Voraussetzung von Heilung ist



eine fundierte Diagnose. Die doch längst vorliegt, aber nicht gehört wird. Wie die des jüngst verstorbenen Oskar Negt: „Ein deregulierter Finanzmarktkapitalismus ist ein zutiefst autoritäres Regime.“ Wut und Ohnmacht darüber bewirken seit Jahren einen Rechtsruck, der von den Regierungen ausgeht. Es ist grotesk, die AfD bekämpfen zu wollen, indem man zugleich duldet, dass das Kabinett ihre Forderungen

umsetzt. „Wir müssen endlich in großem Stil abschieben.“ Das nennt der Spiegel „die neue Härte des Kanzlers“. Aber so gut wie alle Geflüchteten sind vor Kriegen geflohen – einer so verbrecherisch und sinnlos wie der andere. Die mit Abstand meisten Opfer hinterließen die „Präventivangriffe“ der US-geführten Koalitionen der Willigen. Wie wäre es mal mit Friedenspolitik „in großem Stil“?

Die Zivilisation ist doch gar nicht derart degeneriert, dass wir nur noch im Modus der Abschreckung miteinander umgehen können! Vielmehr trifft das nur auf die Machteliten zu. Unsere will nicht nur verteidigungstüchtig sein, wie es das Grundgesetz vorsieht, sondern kriegstüchtig. Da aber der gesunde Menschenverstand immer noch gegen Krieg ist, muss jetzt unter großem medialen Beschuss

Kriegswilligkeit erzeugt werden. Aus der Bedrohung der ukrainischen Staatlichkeit in ihren bisherigen Grenzen die existenzielle Bedrohung der Nato-Länder herzuleiten, ist eine Angstdrohne, die auf Willensbeugung zielt. Auf Zustimmung zum Sozialabbau. Und so wieder Extremismus befördert.

Da wünschte man sich von den Demonstranten ein Dagegen, das ein Wofür erkennen lässt. Eine Buntheit, die ins Schwarze trifft. Gar einen souveränen Humor, wie bei den Großdemos der Wendezeit. Zugegeben, das Lachen bleibt einem derzeit im Hals stecken. Aber mit beherztem Räuspern könnten der vergiftete Apfel ausgespien und Transparente entworfen werden, die einen erweiterten Begriff von „gegen AfD“ erkennen lassen. Eigentlich zivilisatorische Selbstverständlichkeiten:

Waffen stillgestanden. Nicht das Denken.

Lieber Haken und Öse als Gut und Böse.

Cease-fire statt bellizistische Leier.

Prekärer aller Länder vereinigt euch.

Bohnen statt Drohnen.

Schwerter zu Pflugscharen – jetzt erst recht.

Verhandlungsbeginn statt Rüstungsgewinn.

Friedenssüchtig statt kriegstüchtig.

Daniela Dahn ist Publizistin und Autorin

Geistige Mobilmachung und Selbstgleichschaltung von Intellektuellen

Rainer Mausfeld

Vom Frieden zum Krieg führt immer derselbe Schritt, der massenmediale Gleichschritt. Der militärischen Mobilmachung geht stets eine geistige voraus, ein gezielter Angriff auf das öffentliche Bewusstsein. Mit den Waffen der Massenmedien, mit der Erzeugung von Angst und Hass, lässt sich eine weit überwiegend friedensorientierte Bevölkerung in kürzester Zeit in eine kriegstrunkene Masse verwandeln. Ein ebenso altes wie bewährtes Mittel. Und stets Indikator einer neuen Vorkriegszeit.

Bereits 1927 stellte der Propagandawissenschaftler Harold Lasswell klar: „Die psychologischen Widerstände gegen Krieg sind in modernen Nationen so groß, dass jeder Krieg als ein Verteidigungskrieg gegen einen bedrohlichen mörderischen Aggressor erscheinen muss. Es darf keine Zweifel darüber geben, wen die Öffentlichkeit zu hassen hat.“ Auch heute wieder lassen die Massenmedien, die sich vollends in den Dienst hegemonialer US-Interessen gestellt haben, keinen Zweifel, wen es zu hassen gelte, wer die wesenhaft ›Guten‹ seien und wer die wesenhaft ›Bösen‹, die zur Sicherung des Friedens ruiniert, zerstört, vernichtet werden müssten. Ein Blick in eine beliebige große Tageszeitung liefert reiches aktuelles Illustrationsmaterial. Wieder einmal wird jede ernsthafte politische Debatte vom medialen Getöse der Kriegstrommler erstickt, wieder

einmal folgt eine Mehrheit zu ihrem eigenen Schaden bereitwillig denen, die alleinige Nutznießer des Kriegsgeschäfts sind.

Denn Krieg ist ein Bombengeschäft, wohl das größte aller Geschäfte überhaupt. Die USA sind in den fast 250 Jahren ihrer Existenz in mehr als 90 Prozent dieser Zeit im Krieg gewesen. Lediglich in 21 Jahren dieser Zeit haben sie keinen Krieg geführt. Sie haben damit ein Anrecht auf den Titel erworben, die größte Bedrohung für den Frieden in der Welt zu sein. Sie haben die größte Kriegsmaschinerie geschaffen, die es je in der Geschichte gegeben hat. Diese permanent laufende US-Kriegsmaschinerie mit ihren über 800 US-Basen in aller Welt ist Grundlage ihres Wohlstands und sichert die ökonomische Macht ihrer Großkonzerne und die Interessen des globalen Kapitals. Im Rahmen ihres vorgebliehen „Kampfes gegen den Terror“ haben die USA seit 2001 eine gigantische Umverteilung von der öffentlichen in die private Hand durchgeführt, bei der tausende Milliarden Dollar an Steuergeldern in ihre Kriegs- und Sicherheitsindustrie geflossen sind. Sie haben mit der NATO das heute aggressivste Militärbündnis der Welt geschaffen, eine Militärmaschinerie, die sich selbst, in orwellischer Verdrehung, als „erfolgreichste Friedensbewegung, die die Welt je gesehen hat“ bezeichnet. Unter dem Deckmantel eines „Kampfes gegen Desinformation“ streben die NATO und, als ihr ziviler Arm, die EU, danach, auch

das aggressivste Bündnis bei der narrativen Kontrolle und politischen Desinformation der Öffentlichkeit zu werden.

Eine monströse Kriegsmaschine durchwuchert alle unsere Gesellschaften so durchgreifend, dass – so die große Verfassungstheoretikerin Ingeborg Maus – „gegenwärtige Gesellschaften in aller Welt nur noch Anhängsel ihrer militärisch-industriellen Komplexe“ sind. Dieser Kriegsmoloch ist auf regelmäßige geistige Mobilmachungen angewiesen. Dazu benötigt er eine breite Schicht von Experten aus allen akademischen Disziplinen, die als staatliche Realitätsverwalter bestimmen, was als Realität zu gelten habe, was Wahrheit und was Lüge und was vernünftig und was irrational sei. Und wann ein Wunsch nach Frieden als verachtenswert anzusehen sei.

Sie nennen sich ›Intellektuelle‹, sind aber nur Leute, die für Status und Geld die ›richtigen‹ Worte sagen, sie sind die ›Vermieter des Intellektes‹ (Bertold Brecht). In Zeiten wie heute, in denen der Kriegsmoloch die Kriegsglut wieder in den Köpfen zu entfachen sucht, wächst auch sein Bedarf an willfähigen ›Intellektuellen‹, die sich aus ideologischer Überzeugung oder aus vorausseilendem Opportunismus den Bedürfnissen der Händler des Todes andienen. An ihnen herrscht niemals Mangel, denn gerade diejenigen, die am längsten die Bildungsinstanzen durchlaufen haben, sind am tiefsten von der herrschenden Ideologie durchdrungen und somit



Plakatfälschung anlässlich des Tags der Bundeswehr 2022.

geneigt, für jedes Feindbild und für jeden Krieg die gewünschten Rechtfertigungen zu liefern.

Es ist notwendig und gut, für den Frieden zu sein. Doch es reicht nicht. Das Geschäftsmodell des Krieges muss an seinen Wurzeln aktiv bekämpft und sein Fundament, der militärisch-ökonomisch-parlamentarische Komplex, beseitigt werden. Zugleich müssen alle medialen Waffen einer geistigen Mobilmachung entschärft werden, damit nicht weite Teile der Bevölkerung wie auf Knopfdruck in den kollektiven

Wahnsinn einer Kriegsbegeisterung getrieben werden können. Eine gewaltige Herausforderung, die sich nur durch kraftvollen Druck der gesellschaftlichen Basis bewältigen lässt. Mehr denn je brauchen wir die Ostermärsche, um die dafür notwendige Veränderungsenergie und Veränderungsbereitschaft zu mobilisieren.

Rainer Mausfeld ist emer. Professor für Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung an der Universität Kiel

Millionen Menschen empören sich gegen rechts

Ulrich Sander

Seit dem 10. Januar, seit den Enthüllungen von Correctiv über den Masterplan für die „Remigration“ und Ausweisung von Millionen Menschen aus Deutschland ist sie nun da, die große Empörung. Was seit den Friedenskundgebungen in den 50er und Anfang der 80er Jahre nicht mehr denkbar war, ist wieder Realität. Zu Hunderttausenden gehen wir wieder auf die Straße. Es herrscht

das Aufstehen gegen Rassismus und Unmenschlichkeit. Große Teile der Friedensbewegungen haben in ihren Aufrufen zu den diesjährigen Ostermärschen erkennen lassen, dass sie den Antirassismus für ein Frage von Frieden oder Krieg halten.

Zu meiner Bestürzung finden sich auch aus der Feder linker Autoren ablehnende Berichte zu den großen Manifestationen. Die geheuchelte Zustimmung zu den Kundgebungen durch Politiker der

Mitte wird als Zeichen dafür angesehen, dass die ganze Bewegung von oben gesteuert sei. Skeptischen Freunden sage ich: Ihr behauptet, die Enthüllung von Correctiv vom Geheimtreffen am 25. November 2023 bedeutete lediglich, es „sollen“ Deportationspläne „diskutiert“ worden sein. Dort wurde aber wohl nicht nur diskutiert, sondern ganz konkret ein „Masterplan“ beschlossen, der nach der Machtübernahme von AfD, Werteunion und neonazis-

tischen Gruppen in Kraft treten soll.

Ich erinnere an die große Recherche zur Wiederaufrüstung Westdeutschlands 1950/1951. Die Himmeroder Geheimtagung der Nazigeneräle vom 4. bis 9. Oktober 1950 war zuvor von Martin Niemöller als mutmaßlich bevorstehend angekündigt worden. Der Inhalt der Geheimtagung der Hitlergeneräle fand denn zehn Monate später den Weg in die Presse. Er wird heute in Bundeswehrmedien als Grün-

dungsdokument der Wiederbewaffnung gefeiert. 1999 hat die neue Wehrmacht – nun mit dem Namen Bundeswehr – Belgrad bombardiert und wurde dann weltweit kriegerisch aktiv. Es ist zu hoffen, dass der Masterplan des „Geheimtreffens rechter Akteure in Potsdam“ (jw vom 12.2.24) nie so verwirklicht wird, wie jener des Treffens im Eifelkloster Himmerod.

Martin Niemöller schrieb zu seiner Enthüllung vom 1.10.1950 an den Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU): „Darüber hinaus werden sich evangelische Christen jeder Remilitarisierung praktisch widersetzen und sich darauf berufen, dass ihnen die Bundesverfassung dieses Recht gibt. Und wenn ihnen durch eine Verfassungsänderung dieses Recht endlich entzogen werden sollte, so werden wir uns wieder einmal darauf berufen müssen, das man Gott mehr gehorchen muss als den Menschen.“

Der führende evangelische Pastor beeindruckte den führenden Katholiken Adenauer mit diesen Worten wenig, aber hunderttausende Christen und Nichtchristen durchaus. Viele hatten im Krieg auf dem Koppelschloss die Worte stehen: „Gott mit uns“. Nun kämpften sie unter der Losung „Ohne uns“ gegen die Wiederbewaffnung. Heute wird gegen den Abbau des Asylrechts und gegen Deportationsfantasien sowie gegen die zutiefst militaristische AfD demonstriert. Millionen sagen: „Ohne uns! Nie wieder ist jetzt!“

Ulrich Sander war viele Jahre einer der Bundessprecher der VVN-BdA



Fotos Seite 4 oben und Seite 5: 70.000 gegen Rechts in Köln, Januar 2024, Fotos: J. Römer

Die Wirtschaft zerfällt durch Militarisierung

Karl Krökel

Das was die „Handwerker für den Frieden“ in ihrem Obermeisterbrief vom 14. Juli 2022 an die Bundesregierung befürchteten, ist nun Realität. Die deutsche Wirtschaft erlebt einen besorgniserregenden Zerfall. Dieser Trend wird nicht nur die Wirtschaftsleistung beeinträchtigen, sondern auch zu einem drastischen Anstieg der Entlassungen führen. Diese katastrophale Politik der Ampel-Koalition ruft nach wie vor die Kritik und den Widerstand derer hervor, die die realen Probleme – Insolvenzen, Inflation, Energiepreise, Mieten usw. – wahrnehmen und am eigenen Leib spüren und sich darüber im Klaren sind, dass diese Regierung der Situ-

ation nicht gewachsen ist.

Auch in Bezug auf den Krieg in der Ukraine lagen wir „Handwerker für den Frieden“ 2022 mit unserer Einschätzung und unseren Forderungen „keine Waffenlieferungen“ und ein Ende der „Kriegstreiberei“ richtig. Heute sehen wir immer deutlicher, dass sich an der geopolitischen Strategie der USA nichts geändert hat. Drei Jahrzehnte nach dem Ende der Sowjetunion stehen sich Russland und der Westen feindlich gegenüber, und die Rollenverteilung ist wieder die alte. Im Verteidigungsministerium wird bereits geplant, wie ein Angriff der russischen Armee abgewehrt werden könnte, um die Erhöhung des Verteidigungshaushalts zu rechtfertigen. Wir erleben die zunehmende

Projektion einer Bedrohung durch ein gescheitertes Militärbündnis, das keine Existenzberechtigung mehr hat.

Wirklich gefährlich ist aber eine – möglicherweise unbeabsichtigte – nukleare Eskalation zwischen Russland und der NATO. Deshalb fordern wir Handwerker zu den Ostermärschen, dass nicht auf Abschreckung, Aufrüstung, leistungsfähige Rüstungsindustrie, NATO-Großmanöver, Vorbereitung auf einen Krieg mit Russland, die „NATO müsse in höchster Kriegsbereitschaft sein“ gesetzt wird, sondern auf politische Initiativen zur Vertrauensbildung und Eskalationskontrolle.

Karl Krökel ist Sprecher der Initiative „Handwerker für den Frieden“

Soziale Kämpfe und Friedensbewegung

Yussuf As

Die arbeitende Bevölkerung spürt jeden Tag die Auswirkungen von Militarisierung und Aufrüstung. Sie sind es, die dafür bezahlen. Sie sind es auch, die bei den traditionellen Friedensdemonstrationen fehlen. Staat und Kapital versuchen, den Zusammenhang zwischen Krieg und sozialen Missständen zu verschleiern. Als handele es sich um zwei verschiedene, voneinander unabhängige Themen. Die realen sozialen Kürzungen und die immensen Investitionen in Militär und Hochrüstung müssen für uns Friedensbewegte im Zentrum des Kampfes für den Frieden stehen. Die Aufrüstung wird durch die milliardenschweren Kürzungen im

Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich finanziert. Das bekommen die arbeitenden Menschen Tag für Tag zu spüren.

Mit der Zusammenführung sozialer und betrieblicher Kämpfe mit der Friedensbewegung hätten wir die Möglichkeit, die Werktätigen und damit auch Menschen mit Migrationshintergrund für den Kampf um den Frieden zu gewinnen.

Es sind vor allem Menschen mit Migrationshintergrund, die im Bildungs- und Gesundheitssystem auf der Strecke bleiben, die von prekärer Arbeit betroffen sind. Deshalb muss der Kampf für den Frieden auch ein sozialer Kampf werden.

Yusuf As ist aktiv in der Föderation der (türkischen) Demokratischen Arbeitervereine (DIDF)

Europäischer Kongress „Gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg“

Kathrin Otte

Europa versinkt immer tiefer im Strudel von Kriegs-beteiligung, Aufrüstung und Sozialabbau. Einige Länder, vor allem Deutschland versuchen, die aus ihrer fatalen Politik resultierende Wirtschaftskrise mit Schreckensszenarien und Kriegspromaganda zu überdecken.

Es geht bergab mit Deutschland, aber auch mit Europa als einst prosperierendem Kontinent.

Zwei Jahre tägliches Sterben der ukrainischen und russischen Soldaten und nun auch noch seit Oktober 2023 mit inzwischen 30.000 getöteten Palästinensern durch den Genozid in Gaza können offensichtlich nur durch erheblichen Druck

„von unten“ beendet werden.

Noch ist eine solche Kraft nicht aufgebaut, die sich aus den aufbegehrenden Protesten von Beschäftigten, Bauern, Spediteuren, Wirten, Friseuren, Pflegekräften und anderen zukünftig speisen könnte. Dennoch haben wir das „Europäische Verbindungskomitee gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg“

gegründet und bereits Friedensgruppen und Gewerkschafter aus 16 europäischen Ländern dafür gewinnen können.

Ein koordinierter Aktionstag unter diesem gemeinsamen Motto zum zweiten Jahrestag des Ukrainekriegs wurde europaweit durchgeführt. Für den Herbst dieses Jahres soll ein europäischer Kongress „Gegen den

Krieg – gegen den sozialen Krieg“ in Berlin folgen.

Kathrin Otte ist aktiv im Netzwerk „Was tun?!“ und im Europäischen Verbindungskomitee

www.was-tun.net
www.gegendenkrieg-gegen-den-sozialenkrieg.info

Kriegstreiber und Scharfmacher – zur Rolle der EU im Ukrainekrieg

Peter Wahl

Als EU-Kommissionschefin von der Leyen 2019 ihr Amt antrat, also drei Jahre vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine, deklarierte sie ihre Behörde zur geopolitischen Kommission. Die Sehnsucht nach Großmacht und militärischer Stärke rückte ins Zentrum nicht nur der Außenpolitik, sondern auch andere Ressorts wurden auf geopolitische Interessen eingenordet: Klima, Energie- und Rohstoffe, Wirtschaft, Technologie, Regulierung von Medien u.a. In Worten des Strategischen Kompasses der EU „die volle Bandbreite der EU-Politik und ihre Hebel als Machtinstrumente zu nutzen.“ So wie bei dem mythologischen König Midas, dem alles, was er anfasste, zu Gold wurde, wird jetzt jedes Politikfeld geopolitischen Interessen untergeordnet.

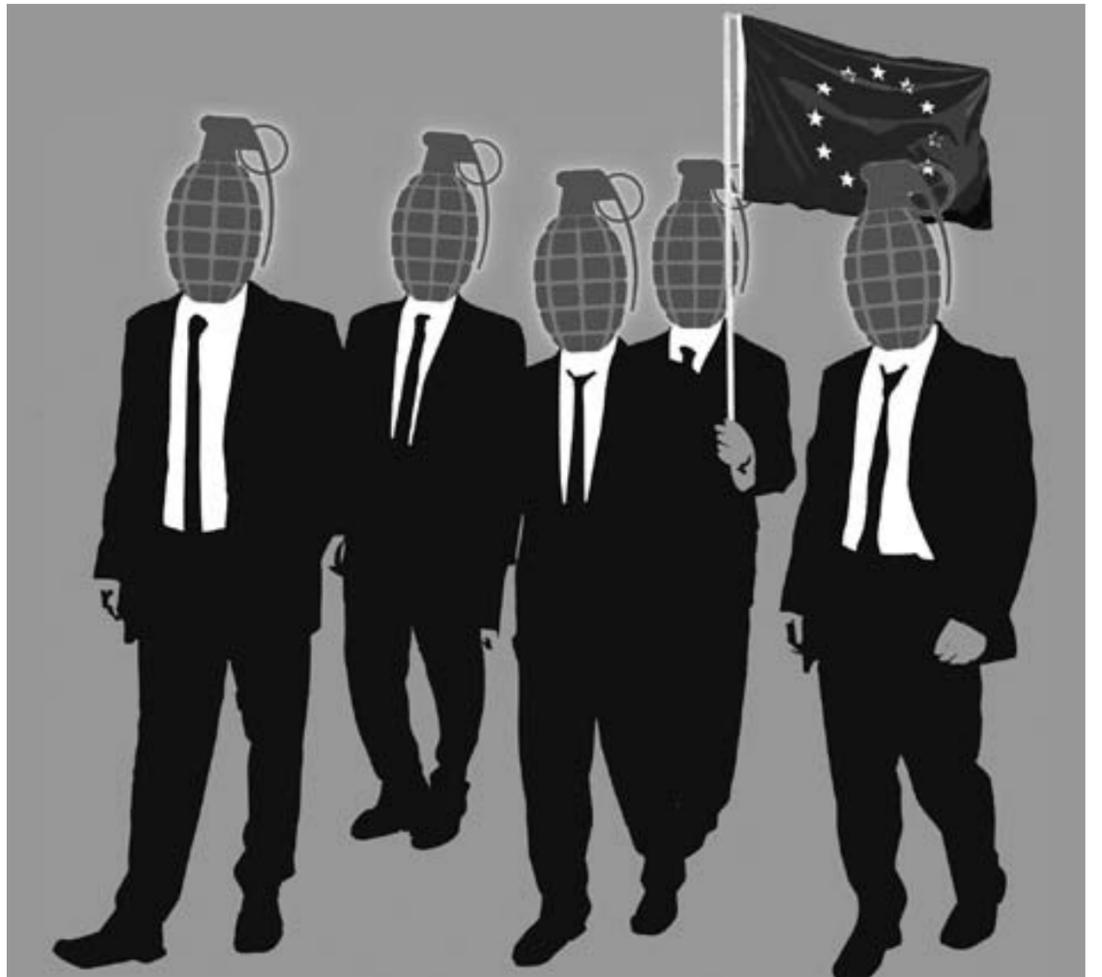
Prompt hat die Brüsseler Truppe sich dann auch im Ukraine-Krieg als fanatischer Propagandist eines militärischen Triumphs Kiews erwiesen und jeden Gedanken an Diplomatie, Verhandlungen und UN-Charta im Keim erstickt.

Spätestens nach der Eroberung Awdijiwkas durch russische Truppen haben aber selbst halbwegs realitätstüchtige Parteigänger Kiews verstanden, dass ein Stellvertreterkrieg nur solange funktioniert,

wie der Stellvertreter nicht ausgelagt und erschöpft ist. Brüssel tut aber weiter so, als ob nichts wäre und predigt unverdrossen Durchhalteparolen im Sound reinsten Heldenkitschs. Demnach seien die Ukrainer bereit, „für die europäische Perspektive zu sterben“, so von der Leyen. Dafür hat Brüssel jetzt noch einmal 5,6 Milliarden Euro Sterbehilfe aus Eigenmitteln zugesagt. Mit dem Geld der Mitgliedsstaaten sind laut Kieler Institut f. Weltwirtschaft 142 Milliarden Euro Militärhilfe seit 2022 an Kiew geflossen.

Überraschend ist das freilich nicht. Denn für die Eskalation des Konflikts mit Russland spielt die EU schon immer eine große Rolle – wenn auch lange unterschätzt. Angefangen hatte es 2007 mit dem Assoziierungsvertrag EU-Ukraine, ein Jahr vor dem NATO-Gipfel, der die Aufnahme der Ukraine und Georgiens in Aussicht stellte. Der Vertrag bedeutete einen drastischen Einschnitt in ökonomische und soziale Beziehungen, die über Jahrhunderte zwischen Russland und der Ukraine entstanden waren. Er war ein Schlag gegen legitime russische Interessen, zumal Versuche Moskaus, ein trilaterales Arrangement zu erreichen, ignoriert wurden. So bestätigt Günter Verheugen, damals EU-Erweiterungskommissar: „Noch im Jahr 2010 wollte Russland

Fortsetzung rechte Spalte



Protest in München: Macht Frieden

Ingrid Pfanzelt

Am 17.2. fand zum 60. Mal die Münchner Sicherheitskonferenz statt. Gegen diese im eigentlichen Sinne „Kriegskonferenz“ protestierte ein bundesweites Bündnis aus Bürgerinitiativen, das am Königsplatz – wie bereits im letzten Jahr – zu einer Demonstration unter dem Motto „Macht Frieden“ aufgerufen hatte. Bei strahlendem Sonnenschein versammelten sich etwa 2000 friedensbewegte Menschen aus Nord und Süd zur Kundgebung, dem Umzug schlossen sich dann noch viele an, so dass dann 5000 Menschen durch die Straßen Münchens zogen. Jeder, der reinen Herzen für den Frieden demonstrieren wollte, war willkommen.

Reiner Braun vom IPB eröffnete mit einer leidenschaftlichen Rede die Veranstaltung und forderte, die Nato auf den Müllhaufen der

Geschichte zu werfen. Jürgen Todenhöfer verkündete seine Strafanzeige gegen die deutsche Regierung wegen Beihilfe zum Völkermord in Gaza und klagte die Kriegspolitik der Nato an. Nach dem Umzug hielt eine junge Palästinenserin eine bewegende Rede, in der sie ihre Familiengeschichte von Vertreibung, Verfolgung und Tod erzählte. Florian Pfaff rundete als letzter die Rednerliste ab. Als ehemaliger Major der Bundeswehr forderte er eine Rückkehr zur Entspannungspolitik.

Der österreichische Rapper Kilez More sorgte zwischen den Reden immer wieder mit seinen Friedenssongs für gute Stimmung. Und die Frauen von „Corona Bavaria“ übten mit den Demonstranten ein Mantra für Julian Assange ein, das dann während des Umzugs immer wieder gesungen wurde.

Gleichzeitig fand die traditionelle Anti-Siko Demo am Stachus statt.

Die beiden Demos unterschieden sich nicht in ihrer Forderung nach Frieden und waren ähnlich groß. Dort wehten viele rote und palästinensische Fahnen, während bei „Macht Frieden“ hauptsächlich blaue Friedensfahnen zu sehen waren. Das zeigte, dass am Königsplatz nicht eine Ideologie, sondern ein verbindender Friedenswunsch lag

– und parteiübergreifend auf die Strasse getragen wurde. Wir dürfen uns nicht weiter spalten lassen in „links“ und „rechts“. Dass es gelingen kann bewies die Demonstration „Macht Frieden“.

Dr. med. Ingrid Pfanzelt ist IPPNW-Mitglied und Mitorganisatorin der Friedensdemonstrationen von „Macht Frieden“ | www.macht-frieden.org



Sicherheitskonferenz: Kriegstreiber unerwünscht

Walter Listl

Von der oft totgesagten und kleingeschriebenen Friedensbewegung ging am 17. Februar 2024 ein starkes Lebenszeichen aus. Etwa 5000 Menschen kamen zu den Protestaktionen des Münchner Antisiko-Bündnisses unter dem Motto „Kriegstreiber unerwünscht“.

Mit einer Demo und einer Protestkette durch die Fußgängerzone wurde der „Siko“-Tagungsort im

Münchner Luxushotel Bayerischer Hof symbolisch umzingelt. Dort trafen sich Waffenhändler, Kriegsstrategen, Kriegsprofiteure und ihre politischen Sachwalter unter dem Vorwand, eine „Sicherheitskonferenz“ durchzuführen.

Bei den Kundgebungsreden, auf Plakaten und Transparenten wurde sichtbar: Wir sind für Abrüstung statt Aufrüstung, gegen Waffenexporte und sofortigen Waffenstillstand in Palästina und der Ukraine.

Unübersehbar waren die vielen palästinensischen Fahnen und eine 35 Meter lange Papierrolle mit den Namen von 5000 Menschen, die dem Israelischen Vernichtungskrieg zum Opfer fielen.

Auf der Auftaktkundgebung sprachen u.a. die Palästinenserin Rihm Hamdan und die in Israel geborene Shelly Steinberg, die die jahrzehntelange Unterdrückung Palästinas durch Israel anprangerten.

Bei der Schlusskundgebung

sprach u.a. die irische Abgeordnete Clare Daly, der ehemalige griechische Finanzminister Varoufakis sowie Jürgen Rose, Oberstleutnant a.D. der Bundeswehr, der das Treffen im Bayerischen Hof als „Stelldichein der NATO-Warlords“ bezeichnete.

Walter Listl ist einer der Sprecher des Aktionsbündnisses gegen die NATO-Sicherheitskonferenz | www.antisiko.dei

trilaterale Projekte – EU, Russland, Länder der östlichen Partnerschaft – realisieren. Es gab also ganz klar Chancen einer konstruktiven Einbindung Russlands in eine Partnerschaft, die aber leider nicht genutzt wurden.“ Stattdessen trat 2014 die damalige Außenbeauftragte der EU, Ashton, auf dem Euro-Maidan – nommen est omen – auf und drehte heftig an der Eskalationsspirale mit. Den Takt aber gab damals Washington vor, wie Verheugen bestätigt: „Der Grund war, dass die EU mehr und mehr der US-amerikanischen Linie folgte. Und Washington meinte, es komme darauf an, langfristig Russland so zu schwächen, dass es nicht wieder zum Rivalen werden kann.“ (ND, 3.4.2022)

Ob die Nibelungentreue zu Washington auf Dauer auf Gegenliebe stößt, ist fraglich. Sollte Trump die Präsidentschaftswahlen gewinnen, wird es ordentlich Stress im transatlantischen Verhältnis geben. Damit würde es für die Ukraine noch düsterer aussehen als bisher. Aber selbst wenn Biden das Rennen machen sollte, ist klar, dass die US-Prioritäten in der Rivalität mit China liegen. Da überlässt man die Lasten eines langwierigen Krieges gern den Europäern.

Um nochmal auf den mythologischen König Midas zurückzukommen: Da auch alles, was er essen oder trinken wollte, zu Gold wurde und verhungern. Daher schwor er seiner Gier nach Gold wieder ab. Ob die EU so einsichtig ist, darf bezweifelt werden. Es wird wohl nötig sein, Ihr durch Druck von unten auf die Sprünge zu helfen. Die bevorstehenden Wahlen zum EU-Parlament im Juni sind eine Gelegenheit dazu.

Peter Wahl ist Publizist und Autor und ehemaliger Sprecher von attac

Kriegsdienstverweigerung auch in der Ukraine



Yurii Sheliashenko

Friedensaktivisten und Kriegsdienstverweigerer werden heute in Russland, Weißrussland und leider auch in der Ukraine verfolgt. Wegen einer Antikriegserklärung mit dem Titel „Friedensagenda für die Ukraine und die Welt“ bin ich jetzt mit lächerlichen Anklagen zur Rechtfertigung eines

Krieges konfrontiert. Das kann mich bis zu fünf Jahre Gefängnis kosten. Es handelt sich eindeutig um eine politisch motivierte Verfolgung wegen meines Eintretens für den Frieden und für den Rechtsbeistand von Kriegsdienstverweigerern. Die Militaristen in meinem Land kämpfen gegen jede Legalisierung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung und behandeln unseren Vorschlag, unbewaffnete pazifistische Kräfte zum Schutz der Zivilbevölkerung und zum gewaltlosen Widerstand gegen die russische Aggression zu schaffen, als „Feindpropaganda“.

Ich hoffe jedoch, die unsinnige Verfolgung vor Gericht zu beenden und Gerechtigkeit in unseren wichtigen Fällen von verurteilten „Wehrdienstverweigerern“ zu erreichen.

Das dystopische Ziel, die gesamte Bevölkerung in die Armee einzubinden, muss neu bedacht werden. Verweigerer aus Gewissensgründen

müssen von allen Formen des Militärdienstes befreit werden, angefangen bei der Registrierung in den Rekrutierungsbüros der Armee.

Das Einfrieren von Vermögenswerten, die Verweigerung konsularischer Dienstleistungen usw. in einem Gesetzentwurf zur Mobilisierung, der in erster Lesung verabschiedet wurde, sind verfassungswidrig. Wir werden weiterhin gegen solche drakonischen Maßnahmen protestieren.

Die internationale Gemeinschaft könnte helfen und das Bewusstsein für die militaristische Bedrohung der ukrainischen Demokratie schärfen.

Wir haben gesehen, dass sich die ukrainische Friedensformel von einem Schlachtruf zu einem Bestreben nach einem umfassenden demokratischen Dialog über globale Probleme entwickeln konnte. Genauso wird sich die russische Führungselite früher oder später



mit der Notwendigkeit konfrontiert sehen, ihre imperialistische Weltanschauung zu überdenken und eine neue Führung zu finden, die kein Blut an seinen Händen hat.

Ich wünsche mir, dass in der Welt große strukturelle Veränderungen in Wirtschaft und Politik hin zu einer gewaltfreien Lebens- und

Regierungsweise eingeleitet werden, die nach und nach die archaischen Vorstellungen von Frieden durch Stärke in kriegführenden Ländern verändern.

Yurii Sheliashenko ist Sekretär der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung und lebt in Kiew

Ostermärsche 2024: Frieden gegen Kriegshysterie

Willi van Ooyen

Weltweit sterben in zahlreichen Kriegen täglich unschuldige Menschen. Die Gefahren wachsen, denn es droht die Ausweitung der Kriege in der Ukraine bis hin zu einem Atomkrieg und im Nahen Osten zu einem regionalen Flächenbrand. Weder die militärischen Offensiven noch Waffenlieferungen oder Sanktionen gegen Russland haben Initiativen zur Beendigung der militärischen Auseinandersetzung und zu einem Waffenstillstand geführt.

Die Bundesregierung lehnt diplomatische Lösungen ab und heizt mit immer neuen Waffenlieferungen das Kriegsgeschehen weiter an. Mit dieser Erbarmungslosigkeit isoliert sie sich international zunehmend.

Die wiederbelebte Debatte einer atomaren Aufrüstung der europäischen Politik erinnert an den Widerstand der Ostermärsche der 60er Jahre gegen dieses selbstmörderische Ansinnen. Zu Ostern in diesem Jahr wird überall die Forderung nach Einhaltung des Nichtverbreitungsvertrages von Atomwaffen und das von der UNO geforderte Atomwaffenverbot zentrales Anliegen sein.

Die unsägliche Forderung, dass Deutschland „kriegstüchtig“ werden



soll – wie es die Bundesregierung und die große Mehrheit des Bundestages – nunmehr fordert, muss bei den Ostermärschen eine deutliche Absage erfahren.

Die Friedensbewegung wird sich gegen die immer offener artikulierten Großmachtansprüche und der inneren Militarisierung durch die massive Stärkung der Rüstungsindustrie entgegenstellen.

Statt Rüstungskonzernreichtum zu machen, hätte man Geld, um Kinderarmut zu verhindern, den Wohnungsbau voranzutreiben, das Bildungs- und Gesundheitssystem sowie den Klimaschutz zu verbessern und die Sozialausgaben insgesamt zu erhöhen.

Es ist höchste Zeit für Friedenspolitik – in der Ukraine, im Nahen Osten und weltweit. Für Abrüsten statt aufrüsten wird die Friedensbewegung bei den diesjährigen Ostermärschen auf den Straßen sichtbar sein.

Willi van Ooyen ist u.a. einer der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag www.friedensratschlag.de

Mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen!

Chris Hüppmeier

Die gewünschte gesamtgesellschaftliche Kriegstüchtigkeit macht auch an den bundesdeutschen Hochschulen nicht Halt. Mit der Friedensorientierung nach dem deutschen Faschismus soll endgültig gebrochen werden. Die grundgesetzlich verbrieften Wissenschaftsfreiheit sei wieder als eine Freiheit zur Verantwortung für die deutschen Großmachtfantasien zu verstehen. Denn kein Krieg lässt sich ohne Wissenschaften führen.

Dem entgegen stehen die rund 70

etablierten Zivilklauseln, Selbstverpflichtungen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen nur für friedliche und zivile Zwecke zu forschen und zu lehren.

Und auch wenn die Angriffe stärker werden mögen – in Hessen will die neue Landesregierung die Abschaffung der Zivilklausel überprüfen lassen; in Bayern soll ein neues bayrisches „Bundeswehrgesetz“ explizit das Verbot von Zivilklauseln erwirken – die Zivilklauseln und ihre Mitstreiter sind ein sehr wirkmächtiger Dorn im Auge der militaristischen Anheizer.

Bundesweit wird die Zivilklausel wieder mit Leben gefüllt, ob lokal an den Hochschulen oder zusammen beim Zivilklausel-Kongress Mitte März 2024 in Frankfurt am Main für eine Kultur des Friedens, der internationalen Kooperation und des sozialen Fortschritts weltweit. Kriegstüchtig? NEIN! Friedensfähig!

Chris Hüppmeier ist ein Sprecher der Initiative Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel

75 Jahre NATO – kein Grund zu feiern!

Kristine Karch

Das größte und global agierende Militärbündnis – die NATO – will im Juli ihren 75-jährigen Geburtstag feiern. Heute agiert sie mit ihren 31 Mitgliedern und über 40 Partnern in unterschiedlichen Formaten und Militärmanövern in allen Kontinenten und rund 100 Ländern. Sie ist für mehr als die Hälfte (55%) der weltweiten Militärausgaben in Höhe von 2,2 Billionen zuständig. Von diesen 1,23 Billionen der NATO werden 71% durch die USA aufgebracht. 3% des US-Militärhaushalts könnten den Hunger auf der Erde beenden. NATO ist direkt oder als Stellvertreter an so gut wie allen Kriegen und Konflikten beteiligt.

75 Jahre Militarisierung besonders auch mit Atomwaffen, sind Ressourcenverschwendung und Umweltzerstörung, Krieg gegen Mensch und Natur.

Die Zeiten sind gefährlich und nur durch Kooperation und Zusammenarbeit können wir dem doppelten Selbstmord durch Atomwaffen und/oder Klimakatastrophe entgehen.

Aus all diesen Gründen gibt es Protest gegen den NATO-Gipfel, der vom 9.-11. Juli in Washington DC statt findet. Am Samstag, 6. Juli gibt es eine Tageskonferenz, am 7. Juli eine Demonstration. Zwei Wochen zuvor gibt es wieder die 24-Std Peace wave – Friedenswelle, einmal um den Globus. Ebenso sind auch Global Women United for Peace against NATO wieder mit dabei. Proteste in allen NATO-Ländern ergänzen den Widerstand gegen den militärischen Dinosaurier. Zusätzlich soll es auch noch in europäischen Ländern Aktionstage geben.

Kristine Karch ist Sprecherin des internationalen Netzwerkes No to Nato – No to War | www.no-to-nato.org

Gazakrieg: Den Frieden gewinnen

Interview von Wiebke Diehl mit Iris Hefets und Nadija Samour

Wiebke: *Ein Ende des Krieges in Nahost scheint nicht in Sicht. Die rechte Regierung unter Netanjahu ist an einer friedlichen Beilegung des seit Jahrzehnten andauernden Konflikts ganz offensichtlich nicht interessiert. Was bedeutet diese apokalyptische Lage für dich, Iris, die du dich seit langem für einen gemeinsamen Frieden und für die Rechte der Palästinenser einsetzt und Israel vor über 20 Jahren den Rücken gekehrt hast?*

Iris: Zunächst einmal würde ich nicht von einem Krieg oder Konflikt sprechen, denn dies suggeriert etwas Beidseitiges. Hier aber handelt es sich um ethnische Säuberung und um einen Genozid, von israelischer Seite an den Palästinenser*innen begangen, den wir alle live mitverfolgen. Das, was geschieht, ist für die Palästinenser*innen natürlich eine riesige Katastrophe. Und es kann sich auf die gesamte Region ausbreiten. Die Lage ist tatsächlich apokalyptisch und die Opfer auf palästinensischer Seite immens. Aber ich glaube und hoffe, dass sie sich davon erholen können, so wie es den Juden nach dem gegen sie verübten Genozid gelungen ist. Aus so etwas Furchtbaren kann auch eine unglaubliche Kraft entstehen. Eine Katastrophe ist es darüber hinaus für die ganze Welt, die sich in der Hand von Mafiosi befindet, die sich keinem Gesetz unterwerfen. Und es ist auch eine Katastrophe für Israel, denn die dortige Gesellschaft wird nur durch Hass gegen einen

Dritten zusammengehalten. Irgendwann werden sich auch die Israelis mit all den Waffen gegenseitig erschießen.

Wiebke: *Nadija, Du bist Prozessvollmächtigte für eine Ende Februar beim Generalbundesanwalt erstattete Strafanzeige, die sich gegen neun Mitglieder des so genannten Bundessicherheitsrats, darunter auch Bundeskanzler Scholz und Außenministerin Baerbock, richtet. Kern der Vorwürfe sind die im letzten Jahr verzehnfachten Rüstungsexporte nach Israel, wobei die meisten Genehmigungen nach dem 7. Oktober erteilt wurden. Was verspricht Ihr Euch von der Anzeige?*

Nadija: Die von Deutschland nach Israel exportierten Waffen machen 28 Prozent der israelischen Rüstungsexporte aus. Damit wird der Gazastreifen in Schutt und Asche gelegt, bereits nach 4 Monaten haben mehr als 30.000 Menschen ihren Lebens verloren. Geplant ist zudem noch die Lieferung von 10.000 Schuss 120-Millimeter Panzermunition. Der Internationale Gerichtshof hat festgestellt, dass ‚plausible Anhaltspunkte‘ für eine ‚genozidale Absicht‘ Israels vorliegen. Wer hier Beihilfe leistet, muss zur Rechenschaft gezogen werden und die Rüstungsexporte müssen gestoppt werden. In den Niederlanden wurde dies gerade vor Gericht erstritten. Neben den Waffenlieferungen spielen auch die politische Unterstützung für Israel und die Aussetzungen der Zahlungen

an das UN-Hilfswerk UNRWA eine Rolle. Und wir wollen mit unserer Anzeige auch dazu aufrufen, dass sich noch mehr Menschen gegen die Verbrechen im Gazastreifen und gegen die deutsche Komplizenschaft auflehnen.

Wiebke: *Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat in seiner Entscheidung über den Eilantrag Südafrikas Israel aufgefordert, humanitäres Völkerrecht einzuhalten und Hilfslieferungen in den Gazastreifen zu lassen. Israel weigert sich allerdings, seine Offensive zu stoppen und hat auch schon frühere Entscheidungen des IGH ignoriert. Welche Möglichkeiten gibt es überhaupt noch, die israelische Regierung zum Einlenken zu bewegen?*

Iris: Die einzige Möglichkeit die ich sehe ist, Europa und andere Länder dazu zu bringen, zu intervenieren. Dafür muss gegen die hiesigen Politiker geklagt werden, wie es Nadija gerade tut, denn sie sind Komplizen eines Genozids.

Wiebke: *Die Anfeindungen gegen diejenigen, die sich für einen gerechten Frieden in Nahost und für die Rechte der Palästinenser einsetzen, gehen allerdings weiter. Welche Steine werden euch in den Weg gelegt, welchen Anfeindungen seid ihr ausgesetzt und inwieweit ist die Situation in Deutschland besonders schwierig?*

Nadija: Ich erlebe bei meinen Mandat*innen, gegen die Repres-

sionen angewendet wurden, eine Mischung aus Angst, aber auch Trotz, sich nicht einschüchtern lassen zu wollen. Und das trotz Festnahmen und Polizeigewalt, bis hin zu Abschiebungs- und Exmatrikulationsandrohungen, Jobverlust und Rassismus in Politik und Medien. Die Situation ist auch deshalb hierzulande besonders schwierig, weil Deutschland sich weigert, internationalen Diskursen zuzuhören und weil die Repression auch im Lichte des aufstrebenden deutschen Nationalismus und Militarismus zu sehen ist. Man stellt sich hier also gegen eine große Gewalt.

Iris: Uns werden tatsächlich sehr viele Steine in den Weg gelegt. Die Medien tun so, als sei der Aufruf zu einem Waffenstillstand ein Verbrechen oder konstruieren Antisemiten. Die Polizei verhängt Repressionen und die Politik droht mit Ausbürgerung oder der Verweigerung von Einbürgerungen, um zu verhindern, dass noch mehr Menschen zu den Massendemonstrationen kommen. All dies geschieht unter dem Deckmantel von deutscher Schuld – aber dies ist nur vorgeschoben, eigentlich beugt man sich wie in den USA dem Druck der proisraelischen Lobby und letztlich marschiert Deutschland mit den USA und deren fataler Politik mit.

Wiebke: *Welche Friedensperspektiven kann es in euren Augen für Israelis und Palästinenser geben und wie könnte eine Lösung aussehen?*

Iris: Es gibt eigentlich nur eine Möglichkeit, nämlich eine Ein-Staat-Lösung. Denn das Gerede von einer Zweistaatenlösung im Westen ist ein reines Lippenbekenntnis – auf welchem Land sollte diese denn umgesetzt werden? Es muss viel passieren – wenn die Palästinenser überhaupt noch Willens sind, mit den Israelis zu leben. Die Israelis müssen anerkennen, dass sie ein großes Verbrechen begangen haben und ein Versöhnungs- und Wahrheitskomitee gründen und sich auch mit den anderen Ländern in der Region verständigen, wenn sie dort weiter leben wollen.

Nadija: Ich schließe mich Iris grundsätzlich an. Visionen für einen gerechten Frieden sind gerade in diesen Zeiten zwar schwer vorstellbar, aber sie sind wichtig. Palästinenser*innen und Israelis werden einander nicht loswerden. Also versuchen wir, den Frieden zu gewinnen.

Wiebke Diehl ist Islam- und Politikwissenschaftlerin und arbeitet als freie Journalistin

Iris Hefets verließ Israel vor über 20 Jahren wegen der politischen Situation. Sie ist Gründungsmitglied und Vorstandsmitglied der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost und arbeitet als Psychoanalytikerin in Berlin-Neukölln.

Nadija Samour ist deutsch-palästinensische Rechtsanwältin in Berlin. Sie hat gerade gegen die deutschen Rüstungsexporte nach Israel geklagt und engagiert sich zudem in antirassistischen und menschenrechtlichen Initiativen.



Eindrucksvolle Proteste in UK gegen den Gazakrieg

Kate Hudson

Die Demonstrationen in London, die einen Waffenstillstand im Gazastreifen und ein Ende des Völkermords fordern, sind die größten seit den Aktionen gegen den Irakkrieg vor zwei Jahrzehnten.

Die Proteste, deren Zahl in die Hunderttausende geht, sind friedliche, öffentliche Äußerungen der humanitären Sorge, der Trauer und der Solidarität. Sie bringen die Haltung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung zum Ausdruck. Meinungsumfragen zeigen, dass

die Unterstützung für einen Waffenstillstand weiterhin sehr hoch ist. Der Versuch der damaligen Innenministerin Suella Braverman im November, die Demonstration zu verhindern und rechtsextreme Kräfte gegen uns zu mobilisieren, führte zu ihrer Entlassung aus dem Amt.

Neben den regelmäßigen landesweiten Demonstrationen in London – von denen zwei Teil der weltweiten Aktionstage waren – fanden im ganzen Land immer wieder Proteste und Demonstrationen statt. Es gab Mahnwachen, öffentliche Versammlungen, Sitzstreiks an Bahnhöfen, Proteste vor Waffenfabriken, die

Israel beliefern, und viele andere Formen des kreativen Protests und der Solidarität.

Es gab auch Kundgebungen vor dem Parlament, als die Abgeordneten über einen Waffenstillstand debattierten und abstimmten. Kürzlich ging der abendlichen Kundgebung ein Tag der Lobbyarbeit bei den Abgeordneten voraus, der von der Palästina-Solidaritätskampagne organisiert wurde. Tausende Menschen kamen aus dem ganzen Land, um ihre Abgeordneten zu treffen und sich für einen Waffenstillstand einzusetzen.

Viele Menschen sind verzweifelt

darüber, dass so viele Politiker – und insbesondere die beiden großen Parteien im Westminster-Parlament, die Konservativen und die Labour-Partei – nicht zu einem Waffenstillstand aufgerufen haben.

Dies hat dazu geführt, dass viele entschlossen sind, Gaza an die Wahlen zu bringen – „No Ceasefire, No Vote“ (keine Waffenruhe, keine Stimme) ist zu einer zentralen Botschaft auf allen Demonstrationen geworden. Über 100 Labour-Abgeordnete sind aus ihrer Partei ausgetreten und sitzen nun als Unabhängige im Parlament, und bei den nächsten Parlamentswahlen

werden viele unabhängige Kandidaten gegen Abgeordnete antreten, die sich geweigert haben, einen Waffenstillstand zu fordern.

Unabhängig von den Auswirkungen auf die britische Politik werden wir weiter protestieren und Kampagnen durchführen, bis der Krieg gegen Gaza beendet und Palästina frei und souverän ist.

Kate Hudson ist General Secretary of the Campaign for Nuclear Disarmament | www.cnduk.org